

Die Chemie des Waldbodens ist dabei völlig durcheinandergeraten, „er hat seine Regenerationsfähigkeit verloren“ (Gärtner). Giftiges Aluminium, im Boden stets vorhanden, aber ungefährlich, weil in normalem Wasser nicht löslich, wird von saurem Wasser ausgewaschen und zerstört seinerseits die Phosphor- und Magnesiumreserven.

Beide Stoffe indes sind unverzichtbar für gesundes Wachstum der Bäume: Phosphor als Nährstoff für Bodenbakterien, Magnesium für den Hormonhaushalt des Baumes. Zugleich produziert die Säure im Boden sehr viel Stickstoff, der früher zur Förderung des Wachstums hinzugefügt werden mußte.

Die chemischen Reaktionen nehmen den Bäumen jede Überlebenschance. Gärtner vergleicht den Wald mit einem „hochtourig laufenden Motor ohne Schmierung“ – ein Zustand, den die seit vier Jahren bundesweit laufende „Immissionsökologische Waldzustands-Erfassung“ der Forstverwaltungen jetzt aus allen Regionen bestätigt.

Die bundesweit praktizierte Behandlung der Waldböden mit Kalk kann zwar den Säureanteil im Boden vermindern. Experten wie der Forstministeriale Müller aber sehen darin nur eine „Krücke“, weil die Kalkung „keinen Ersatz für verschwundene Nährstoffe schafft“.

Die Voraussagen der Fachleute fallen deshalb immer düsterer aus: Weil die gequälte Erde sich nur aus eigener Kraft regenerieren kann, „läuft kurzfristig gar nichts mehr“ (Müller). Selbst wenn über Nacht die Luftverschmutzung „auf Null“ zurückgehen würde, rechnet Forstprofessor Gärtner „mit Besserung erst in hundert Jahren“.

DENKMALSCHUTZ

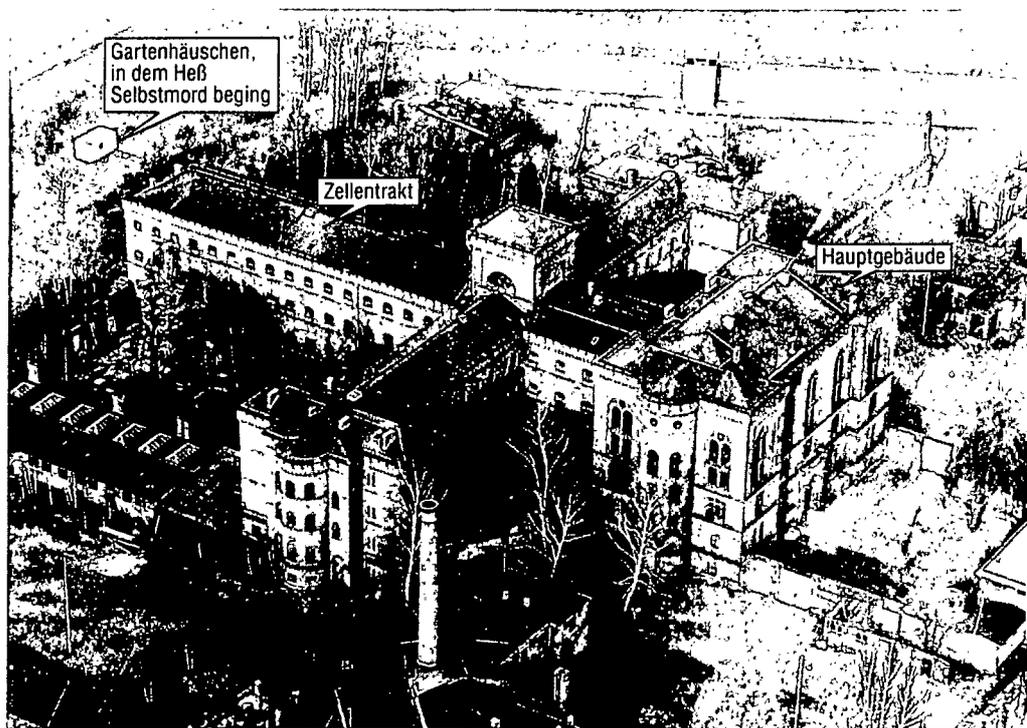
Wichtig wie Kanalisation

Nachdem jahrzehntelang wichtige Baurelikte aus der NS-Zeit vernachlässigt wurden, wenden sich in Berlin Denkmalschützer gegen den von den Briten bereits begonnenen Abriß des Spandauer Gefängnisses.

Unter strengster Geheimhaltung planen die Berliner Militäroberer Ihrer Majestät für den Tag X.

Das „große Projekt in markanter Lage“, so wies die britische Schutzmacht letztes Jahr West-Berliner Amtsstellen an, sei besonders „vertraulich“, da „politisch heikel“: Nach dem Tode von Rudolf Heß und dem Abriß des Spandauer Kriegsverbrechergefängnisses solle auf dem Gelände eine englische Shopping-Stadt gebaut werden mit Kino, Kegelbahn und Kirche.

Die Engländer fürchteten, daß das Spandauer Gefängnis nach dem Heß-Tod zur Wallfahrtstätte radikaler Rechter werden könnte – eine Sorge, die sich



Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau: Nostalgie-Zirkus am Gruselbau



Fundament der ehemaligen Gestapo-Zentrale in Berlin: „Topographie des Terrors“

rasch als berechtigt erwies. Kaum war Heß tot, begann um den Gruselbau ein Nostalgie-Zirkus ohnegleichen.

Alte und junge Braune rückten an, um mit Kerzen, Altar und mit Tränen in den Augen dem Verstorbenen zu huldigen. Senatssprecher Winfried Fest, der die alliierten Abrißpläne sogleich entschieden unterstützt hatte, wurde telephonisch von Nazis beschimpft.

Doch anderen Lagern kamen auch Bedenken. „Exorzismus-Logik“, tadelte etwa die „FAZ“, die sich für eine Erhaltung des Bauwerks einsetzte, in dem auch linke NS-Gegner wie die Schrift-

steller Egon Erwin Kisch und Günther Weisenborn inhaftiert waren.

Das Gebäude sei, so das Blatt, für die Geschichte der Gefängnisarchitektur nicht weniger aufschlußreich als andere Bauwerke für die Geschichte der Kanalisation oder des Straßenbaus – Spandau, ein „hochrangiges Zeugnis“ für „Herrschaftsarchitektur in des Begriffes härtester Bedeutung“. „FAZ“-Kommentator Friedrich Karl Fromme empfahl die Erhaltung des Baus für einschlägige Zwecke: als Vollzugsknast.

Auch Prominente wie Verleger Klaus Wagenbach oder Schriftsteller Rolf

Hochhuth und einzelne Mitglieder der Senatsparteien CDU und FDP wandten sich gegen den Abriß. Stadtentwicklungssenator Jürgen Starnick gab sich schwankend, ebenso wie Bausenator Georg Wittwer; dem tat es letzte Woche „leid“ um das rote Gebäude, „das für seinen Inhalt nichts kann“.

Nach solchen Urteilen modifizierte dann auch der Senat seine Meinung. Nachdem er zunächst rigide für Abriß gewesen war, verurteilte er nun jegliches „Hauruck-Denken“ (Sprecher Fest) und verwies auf die Alliierten als treibende Kraft.

Auch die letzte Woche begonnenen Abbrucharbeiten dürften der gespenstischen Sommerdebatte so schnell kein Ende setzen. Zwar belegt der Disput

ausgedienter Doppeldeckerbus, der als „Mobiles Museum“ aufzeigen soll, was bislang keines Mahnmals würdig schien: Von dieser Stelle aus, Tiergartenstraße Nr. 4, wurde die mit dem Tarnnamen „Aktion T 4“ bedachte Ermordung von Psychiatriepatienten gelenkt, von den Nazis als Euthanasie bezeichnet.

Kein Hinweisschild findet sich am Gebäudekomplex Kurfürstenstraße 115 – 116, der heute Hotel- und Discobetriebe beherbergt und wo einst Adolf Eichmann persönlich amtierte. In der Meinekstraße 10 verweist eine offizielle Steinschrift auf verschiedene jüdische Organisationen, die hier residiert haben, nicht jedoch auf den Nachmieter, die „Standortkommandantur Berlin der Waffen-SS“.

Verantwortliche benötigten drei Jahrzehnte, um diesen Platz als Schreckensort in der „Topographie des Terrors“ auszuweisen – so der Titel einer gegenwärtig gezeigten Ausstellung auf den Kellerfundamenten des Komplexes, die private Ausgräber freigelegt haben.

Jahrelang hatten die Stadtplaner den Ort als Trassenteil einer Schnellstraße ausersehen. Später erlaubten sie dem Nightlife-Unternehmer „Straps-Harry“ Toste, auf dem Gelände ein sogenanntes Autodrom einzurichten. Fortan karrierten über den Mauern des Gestapo-Gefängnisses führerscheinlose Berliner einher.

Oftmals schienen bei der Verdrängung von NS-Spuren kleinkarierte politische Motive durch. Als etwa der Jüdische Weltkongreß in den Siebzigern der Stadt Geld anbot, um die als Kinderheim genutzte Villa in der Straße Am Großen Wannsee 56 – 58 als Tagungsstätte der Wannsee-Konferenz und Ursprungsort des Holocaust zu kennzeichnen, lehnte der Senat die Spende ab.

„Eingeständenermaßen aus Angst, durch eine solche Manipulation Stimmen ans rechte Lager zu verlieren“, erinnert sich ein prominenter Ohrenzeuge, baten die damals regierenden Sozialdemokraten den Spenden-Überbringer Nahum Goldmann, seinen Scheck wieder mitzunehmen. Nur ein einziges Mal haben sich in Berlin die Behörden ganz spontan eines NS-Reliktes angenommen.

Die Hausbesetzer aus dem alternativen Kulturzentrum „KuKuCK“ waren 1981 in der Nähe des Anhalter Bahnhofs auf einen unterirdischen Gang gestoßen. Bei Erkundungsversuchen, „ob man da nicht irgendwie in den Osten rüberkommt“ (KuKuCK-Besetzer Heiner Schücker), entdeckten die Besetzer ein ausgedehntes Tunnelsystem.

Das seit Kriegsende vergessene Betonverlies hatte einst den Beschäftigten des Reichsarbeitsministeriums als Bombenschutz gedient. Seine Entdecker fanden an den Wänden noch den Schmutzwasserrand, der Berlins gruseligsten Pegelstand markiert: Bis dahin war das Wasser gestiegen, als im April 1945 die SS die nahegelegenen S-Bahn-Tunnel flutete, um die Russen aufzuhalten; dabei war eine nie exakt bestimmte Zahl von Menschen ertrunken, die im Bahngewölbe Schutz vor den Straßenkämpfen gesucht hatten.

Mit Leuchtfarbe, Rauminstallationen und Inszenierungen betrieben Ex-Besetzer Schücker und weitere Subkulturschaffende bis vor kurzem die „Visualisierung des Bunkers“. Doch die Idee, hier auf Dauer „Kunstraum statt Schutzraum“ (Schücker) zu unterhalten, ist ohne Chance.

Die Berliner Oberfinanzdirektion hat das Labyrinth bereits als Zivilschutzanlage reklamiert: Ende des Jahres wird der alte Nazi-Bunker – wer weiß, was kommt – von Amts wegen wieder in Schuß gebracht. ◆



„Wannsee-Konferenz“-Villa in Berlin: Scheck zurückgewiesen

wachsendes Denkmalschutzbewußtsein auch in Berlin, wo Beton-Strategen jahrzehntelang viel Erhaltenswertes platt gemacht haben. Eher kurios aber mutet an, daß nun das Spandauer Belegstück preußischer Dutzendarchitektur zum hochrangigen Streitpunkt wird.

Denn auch als denkwürdiges NS-Relikt gibt das Gemäuer nicht viel her. Nur eine bizarre Vier-Mächte-Konstellation, die hier einen Ober-Nazi vierzig Jahre lang gefangenhielt, hat dem Spandauer Schauplatz zufällige Prominenz verliehen. Gewichtiger Herrschaftsorte der Nazis sind in Berlin bis heute teils unbeachtet geblieben, teils systematisch aus dem Stadtbild geliftet worden.

Bis in die jüngste Zeit habe die Stadt ihre braune Vergangenheit „so gründlich erledigt, daß nicht einmal die einschlägigen Adressen übriggeblieben sind“, klagt der „Tagesspiegel“. Seit letzter Woche parkt vor der Philharmonie ein

Viele Berliner Bauten von zeithistorischer Brisanz wurden Opfer der bauwütigen Verwaltung. Der Sportpalast, wo Goebbels einst schrie: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ fiel zugunsten eines vielstöckigen Betonbaus, der als „Sozialpalast“ verspottet wird. Den Anhalter Bahnhof, wo Hunderttausende Hitler als „Größten Feldherrn aller Zeiten“ gefeiert hatten, sprengte 1959 eine große Koalition von Schandmalbeseitigern unter Führung des Kreuzberger SPD-Bürgermeisters „Texas-Willy“ Kressmann.

„Das Stadtbild fertigmachen“ – so umschrieb Ex-Bausenator Klaus Franke das Ziel der Berliner Bauverwaltungen. Daß bei denen damals auch der Denkmalschutz ressortierte, traf sich gut.

Nahe beim Anhalter Bahnhof stand bis 1956 die ausgebombte Fassade des Prinz-Albrecht-Palais. Die Reste des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers wurden gesprengt, Berlins Stadtbild-